

Bundesverkehrswegeplan: Milliarden für NRW



Petra Bork / pixelio.de

*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,*

wieder einmal hat sich gezeigt, dass sich gute Landespolitik auch im Bund bezahlt macht: rund 13 Milliarden Euro sind für NRW im neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgesehen. Damit können wir auch in Köln und Umgebung wichtige Maßnahmen voranbringen. Diese haben wir Ihnen in einer Übersicht zusammengestellt.

Haben Sie viel Spaß beim Lesen; vor Ostern haben wir Ihnen einiges an interessanten Infos rund um's Plenum und die Arbeit der Abgeordneten zusammengestellt.

Übrigens: Auf der letzten Seite des Newsletters finden Sie wie immer unsere Zuständigkeiten - melden Sie sich gerne, wenn Sie zu den jeweiligen Themen Fragen haben.

Wir wünschen Ihnen erholsame und schöne Ostertage/-ferien und einen sonnigen Frühlingsanfang.

Für die Abgeordneten,

Ihr



Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument der Bundesregierung für die Verkehrspolitik der nächsten 15 Jahre. Alle bundesweit angemeldeten Verkehrsprojekte werden u.a. auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis untersucht. NRW schneidet im neuen BVWP richtig gut ab: Das Land kann in den nächsten 15 Jahren mit mehr als 13 Milliarden Euro Bundeshilfen zum Ausbau des Straßen- und Schienennetzes rechnen. Das sind rund 20 Prozent der Gesamtsumme. Damit hat der Bund aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und erkennt die notwendigen Projekte in NRW an. In die Beseitigung von Engpässen fließen mehr als 7 Milliarden Euro, das sind mehr als 37 Prozent des Gesamtbudgets des Bundes für bereits laufende Maßnahmen: Im BVWP 2030 sind Straßen mit einer Gesamtlänge von rund 1.700 Kilometern berücksichtigt, davon führen fast 530 Kilometer quer durch NRW. Der Gesamtumfang des Bundesverkehrswegeplans 2030 liegt bei rund 246,5 Milliarden Euro für alle Verkehrsträger bis 2030. "Die jetzt priorisierten Projekte für NRW sind gerade für unsere hochfrequentierte und wirtschaftsstarke Region das richtige Zeichen", resümiert Jochen Ott. Verkehrsminister Michael Groschek äußert sich ebenfalls positiv: „Das ist das größte Anti-Stau-Programm, das NRW je erlebt hat“.

Bis zum 2. Mai haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich an der Diskussion und Abwägung der Projekte zu beteiligen, danach muss das Bundeskabinett endgültig festlegen, wo gebaut wird. Ab dem 21. März sind die projektspezifischen Details auf der [Homepage des Bundesverkehrsministeriums](#) einzusehen. Der gesamte [BVWP](#) ist schon jetzt abrufbar.

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Tel: 0221 - 99 55 99 74 | Fax: 0221-99 55 99 76

koelnerspdmdl@landtag.nrw.de

eva.sundermann@landtag.nrw.de

judith.silbernagel@landtag.nrw.de

**DIE KÖLNER SPD -
 LANDTAGSABGEORDNETEN**

Für Sie gehen wir bis nach Düsseldorf!

Martin Börschel | Stephan Gatter | Ingrid Hack | Gabriele Hammelrath | Andreas Kossiski | Jochen Ott | Lisa Steinmann

Bundesverkehrswegeplan - Aus der Sicht von Köln

Aus der Region Köln/Bonn/Leverkusen wurden allein zehn Straßenbauprojekte mit einem Investitionsvolumen von 1,4 Milliarden Euro in die höchste Förderstufe eingestuft. Das sind gute Nachrichten. Für zentrale Projekte in Köln bedeutet die Liste einen wichtigen Fortschritt, aber noch keinen Durchbruch. Die KölnSPD kämpft daher weiter für eine neue Rheinbrücke im Süden, ausreichende Mittel für den Bahnknoten Köln und einen Halt des RRX in Köln-Mülheim. „Köln ist die Wachstumsregion in NRW, hier müssen täglich große Pendlerströme und Wirtschaftsverkehre bewältigt werden. Deshalb müssen sowohl Straße wie auch Schiene ausreichend Berücksichtigung finden“, so Jochen Ott, Vorsitzender der KölnSPD. „Viele Projekte sind zu Recht als Schlüsselprojekte im Verkehrswegeplan aufgenommen und werden damit bis 2030 finanziell gefördert. Dass die neue Rheinbrücke im Kölner Süden zwischen Niederkassel und Wesseling/Godorf nur in die Kategorie „weiterer Bedarf“ aufgenommen wurde, ist inakzeptabel. Hier müssen wir dringend Schulter an Schulter mit unseren Umlandkommunen dafür kämpfen, dass die neue Autobahnbrücke eine höhere Priorität erhält!“, stellt Ott klar. Für die Menschen im Stadtbezirk Mülheim hält der Verkehrswegeplan gute Nachrichten bereit. „Ein wichtiger Erfolg ist die Aufnahme des RRX einschließlich des Halts in Mülheim in die erste Kategorie mit einem Investitionsvolumen von 1,72 Milliarden Euro. Hierfür haben wir in den letzten Jahren unablässig gekämpft!“, freut sich Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Landtagsabgeordneter für Mülheim. „Erstmals spielt der Haltepunkt in Mülheim für den Bundesverkehrsminister überhaupt eine Rolle. Das ist ein wichtiger Schritt. Auf diesem ersten Erfolg dürfen wir uns aber nicht ausruhen“, betont Börschel weiter. „Wir müssen wachsam bleiben und den Druck auf den Bundesverkehrsminister weiter aufrecht erhalten, damit der Halt in Mülheim auch tatsächlich realisiert wird und nicht nur ein schönes Projekt auf dem Papier bleibt!“

Weiter Druck gemacht werden muss auch beim Ausbau des Bahnknotens Köln. „Gut dass der Bahnknoten Köln aufgenommen wurde. Aber der finanzielle Rahmen für den Ausbau der Knoten Köln, Frankfurt, Hamburg, Mannheim und München von 2 Mrd. Euro ist deutlich zu knapp. Hier müssen wir darauf achten, dass der Ausbau unseres Bahnknotens weiter vorangetrieben wird. Denn das ist überfällig und darf keinesfalls hinten anstehen!“ so Martin Börschel abschließend.

Hinweis: es handelt sich bei dem Text um eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

- auf der nächsten Seite finden Sie eine Übersicht der Maßnahmen im Kölner Raum -

Nummer	Straße	Projekt	Bauziel	Priorisierung im ersten Entwurf
NW 2	A 001	AK Köln-W - AK Köln-N (incl.)	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Laufende und festdisponierte Projekte - Engpassbeseitigung
NW 3	A 001	Köln / Niehl - AK Leverkusen	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Laufende und festdisponierte Projekte - Engpassbeseitigung
NW 5	A 003	AS Köln / Mülheim	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Laufende und festdisponierte Projekte - Engpassbeseitigung
NW 36	A 001	AD Erfttal (A 61) - AK Köln (A 4)	E6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Neue Vorhaben - Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 48	A 003	AK Leverkusen (A 1) - AK Hilden (A 46)	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 52	A 003	AS Königsforst - AD Köln-Heumar (A 4)	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 66	A 004	AK Köln-S (A 555) - AK Köln Gremberg (A 559)	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 71	A 004	AK Köln / Ost - AS Moitzfeld	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 75	A 004	AK Köln-S (A 555)	KN - Ausbau eines Knotenpunktes	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 136	A 057	AK Köln-N (A1) - AD Nuess-S (A 46)	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 143	A 059	AD Bonn-NO (A 565) - AD St. Augustin-W (A 560)	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 144	A 059	AD St. Augustin-W (A 560) - AD Köln-Porz (A 559)	E 6 / 8 - Erweiterung auf 6 bzw. 8 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 158	A 061	AK Meckenheim - AK Bliesheim	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 168	A 559	AD Köln-Porz - AK Köln-Gremberg (A 4)	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 193	B 051n	Brühl - Köln-Eifeltor (A 553 - A 4)	N 2/3 2-bzw. 3-streifiger Neubau	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 194	B 051n	OU Köln / Meschenich	N 3 3-streifiger Neubau	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 195	B 051n	Köln / Meschenich	N 2 2-streifiger Neubau	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 227	B 059	AS Köln-Bocklemünd - Grevenbroich-Süd	N 2 2-streifiger Neubau	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 296	B 265	OU Liblar - OU Hermülheim	E 4 - Erweiterung auf 4 Fahrstreifen	Vordringlicher Bedarf - Engpassbeseitigung
NW 159	A 061	AD Erfttal (A 1) - AK Kerpen (A 4)	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Weiterer Bedarf mit Planungsrecht
NW 164	A 553	AK Köln-Godorf (A 555) - AK Köln-Lind (A 59)	N 4 - 4-streifiger Neubau	Weiterer Bedarf mit Planungsrecht
NW 165	A 553	AK Köln-Godorf (A 555)	KN - Ausbau eines Knotenpunktes	Weiterer Bedarf mit Planungsrecht
NW 166	A 553	AD Köln-Godorf - AD Köln-Lind	N 4 - 4-streifiger Neubau	Weiterer Bedarf mit Planungsrecht
NW 167	A 553	AD Köln-Lind (A 59)	KN - Ausbau eines Knotenpunktes	Weiterer Bedarf mit Planungsrecht
NW 169	A 560	AD Sankt Augustin / West (A 59) - AS Sankt Augustin	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Weiterer Bedarf mit Planungsrecht
NW 72	A 004	AS Moitzfeld - AS Untereschbach	E 6 - Erweiterung auf 6 Fahrstreifen	Weiterer Bedarf
NW 74	A 004	AK Köln-W (A 1) - AK Köln-S (A 555)	E 8 - Erweiterung auf 8 Fahrstreifen	Weiterer Bedarf
NW 313	B 477	Bergheim - Rommerskirchen / Frixheim	N 2 2-streifiger Neubau	Weiterer Bedarf

Für den Logistikstandort Köln

Mit ihrem Antrag „Logistikland NRW nicht auf das Abstellgleich fahren - Hafen- und Flughafenstandorte im Landesentwicklungsplan sichern“ glaubte die Fraktion der FDP, sie setze sich für die Entwicklung von Hafen- und Flughafenstandorten ein.

Leider verwechseln sie dabei den Landesentwicklungsplan (LEP) mit den Häfen- und Flughäfenkonzepten, die trotz des LEP unersetzlich sind.

Der Godorfer Hafen hat gezeigt, dass CDU und FDP im Ernstfall nicht an ihrem Ja zur Wirtschaft festhalten, und eine Positionierung gegen die Hafenentwicklung einnehmen.

Weiterlesen:

Rede von Jochen Ott

Kostenfreier Zugang zu Museen

Die Nordrhein-westfälischen Museen sind essentieller Bestandteil unseres kulturellen Selbstverständnisses und unserer Identität. Um dieses Kulturangebots auch weitreichend attraktiv zu halten, legen wir besonderen Wert auf einen niedrigschwelligen Zugang in puncto Barrierefreiheit und Bezahlbarkeit.

Gemeinsam mit dem Koalitionspartner bringen wir in dieser Woche einen Prüfauftrag in das Plenum ein, der darauf zielt, freien Eintritt für junge Leute und engagierte Menschen im Freiwilligendienst zu ermöglichen. Für die Museen, die sich in mehrheitlicher oder gänzlicher Trägerschaft des Landes NRW befinden, soll Kindern und Jugendlichen bis 21 Jahren demnach ein kostenfreier Eintritt ermöglicht werden, sofern es sich dabei um Dauerausstellungen oder Präsentationen handelt. Aber auch Menschen, die im Land Nordrhein-Westfalen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder den Bundesfreiwilligendienst absolvieren (BFD) soll der kostenfreie Zugang zu Museen ermöglicht werden.

So wollen wir dem Bildungsauftrag nach und bieten dem breiten Angebot der Kultur- und Museumslandschaft NRW auch jungen Menschen einen interessanten Freizeitausgleich. Einige andere Staaten bieten ähnliche Zugangsvergünstigungen- bzw. -befreiungen bereits an und haben durchweg positives Feedback. Nach internationalem Vorbild wird es nun Zeit auch in NRW die freien Eintritte durchzusetzen.

Wir in Köln haben den KölnTag, bei dem an jeden 1. Donnerstag im Monat alle Kölnerinnen und Kölner freien Eintritt in die hiesigen Museen haben, vor Jahren eingeführt. Nun legt NRW nach.

Frauenrechte sind Menschenrechte!

Am diesjährigen Internationalen Frauentag konnte ich wieder viele Frauen in meinem Wahlkreis an diesen wichtigen Tag erinnern. In Meschenich, Rodenkirchen, Raderthal und Zollstock freuten sich zahlreiche Frauen über eine rote Rose und über Gespräche und Begegnung - obwohl "doch gar kein Wahlkampf ist!" Seit 2005 bin ich am 8.3. auf der Straße, egal, ob Wahlkampf ist oder nicht. Auch wenn vieles durch die nun schon über hundertjährige Geschichte des Internationalen Frauentages erkämpft wurde, überflüssig ist der Tag keinesfalls. Immer noch reden wir über ungleiche Bezahlung von gleicher Arbeit – und begehen den equal pay day! – immer noch reden wir über einen zu geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen, immer noch ist Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienleben im Wesentlichen ein Frauenthema ebenso wie Pflege und Fürsorge. Und – das wurde zu Beginn des Jahres nochmals überdeutlich und erlangte größere öffentliche Aufmerksamkeit als lange zuvor: Gewalt gegen Frauen ist auch in Deutschland noch immer ein großes gesellschaftliches Problem. Fortschritte gibt es in vielen Bereichen, ja, aber von vollständiger Gleichstellung (nicht Gleichmacherei!) sind wir noch entfernt.

Und der Blick über Grenzen macht noch deutlicher, dass der Kampf um Frauenrechte keineswegs zu Ende ist.



Veranstaltungshinweis: Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken

Ingrid Hack lädt am 04. April zum Informations- und Diskussionsabend zum Thema „Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken“ ein. U.a. Thomas Klute, NRW-Staatssekretär für Integration, wird zu Gast sein.

Veranstaltungseinladung

NRW bundesweiter Vorreiter für gute Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen

Unter dem oben genannten Titel wurde am vergangenen Mittwoch im Plenum der Antrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen zum *Rahmenkodex Gute Arbeit* an NRW-Hochschulen beschlossen. Ziel ist es, die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen ganz oben auf der Agenda unserer Hochschulen zu platzieren, um junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu binden und ihnen eine zukunftsfähige Perspektive im Wissenschaftsbetrieb zu bieten.

In Zusammenarbeit mit Hochschulen und Arbeitnehmervertretungen ist das Land damit seinen, aus dem Hochschulzukunftsgesetz hervorgehenden, Verpflichtungen nachgekommen. Der Kodex ist ausverhandelt und wurde inzwischen von allen Hochschulen in NRW unterzeichnet.

Dietmar Bell, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kommentierte diesen wichtigen Schritt in seiner Rede vor dem Landtag NRW mit den Worten: „Dies ist ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen, alle Hochschulen haben unterschrieben. Gute Arbeit, jetzt auch an Hochschulen. Umsetzung unserer Fraktionsverabredungen, gute Arbeit unserer Landesregierung!“

Zudem dankte er den Rektorenkonferenzen, den Personalräten wissenschaftlicher und nicht wissenschaftlicher Beschäftigter und auch dem Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Dr. Thomas Hecke, für die starke Zusammenarbeit.

Die getroffenen NRW-Regelungen sind relevanter denn je. Nicht zuletzt, da bundesweite Regelungen im sogenannten *Wissenschaftszeitvertragsgesetz*, anders als von Nordrhein-Westfalen gefordert, nicht so weitgehend beschlossen wurden.

Damit ist NRW bundesweiter Vorreiter für gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen und besitzt einen klaren Standortvorteil.

Tariftreuegesetz erfolgreich entschlackt: Es geht um gute Arbeit!

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will dem Landtag ein überarbeitetes Tariftreue- und Vergabegesetz vorlegen. Darin kommt sie den Forderungen nach, bürokratische Anforderungen an Unternehmen und öffentliche Auftraggeber deutlich zu reduzieren. Dazu erklärt Michael Hübner, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag:

"In 13 von 16 Bundesländern gibt es gültige Tariftreuegesetze für eine faire Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Das Gesetz hilft, in NRW einen unverhältnismäßigen Wettbewerb durch niedrigste Sozial- und Lohnstandards um Aufträge des Landes oder der Kommunen einzudämmen. Damit ist und bleibt es ein notwendiges Instrument zur Sicherung von fairen Löhnen und guter Arbeit in den mitbietenden Firmen, egal ob kleine, mittelständische oder große Unternehmen oder Handwerksbetriebe.

Mit der durch den Gesetzgeber geforderten Evaluation wird nun das unbürokratische Verfahren aufgegriffen, um ‚Gute Arbeit‘, faire Partnerschaften und sinnvolle Vergaberegeln für öffentliche Auftraggeber und Auftragnehmer zu gewährleisten."

Hinweis: es handelt sich bei dem Text um eine Pressemitteilung der Fraktion der NRWSPD

CDU und FDP verbreiten Schrecken und Panikmache

Kaum war die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 vom Ministerium für Inneres und Kommunales veröffentlicht, beantragte die FDP für den ersten Plenumstag letzter Woche dazu eine Aktuelle Stunde.

Tatsache ist, um dies vorweg zu nehmen, dass die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr um insgesamt 16.323 angezeigte Straftaten im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat. Das entspricht einer Zunahme von 1,1 Prozent. Das ist natürlich kein erfreuliches Ergebnis, aber was FDP und vor allem die CDU-Fraktion in der Debatte daraus machten, war schlichte Panikmache, die mit verantwortlicher innenpolitischer Auseinandersetzung nichts mehr zu tun hatte.

So stand denn bereits im FDP-Antrag nichts von einer politischen Bewertung der gesamten Kriminalitätsentwicklung, sondern dort war nur von Einbruchs- und Taschendiebstahl die Rede. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass beide Deliktsarten zusammen lediglich einen Anteil von 7,7 Prozent der Gesamtkriminalität umfassen (54.604 Taschendiebstähle und 62.362 Wohnungseinbrüche). Was sich im schriftlichen Antrag zur Aktuellen Stunde bereits abzeichnete, wurde in der Plenardebatte schließlich zur Gewissheit: FDP und CDU ging es nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit der komplexen Thematik einer Polizeilichen Kriminalstatistik. Es ging um Skandalisierung und um Ängste schüren.

Insbesondere CDU-Oppositionsführer Armin Laschet verlor in der Debatte jegliches Augenmaß. So verstieg er sich in die Behauptung, dass die Politik der Landesregierung („Ihr Versagen“) den Populisten in die Hände spiele. Eine abstruse Anspielung auf die Wahlergebnisse der drei Landtagswahlen vorletzter Woche. Aber damit nicht genug. Laschet nutzte seinen Redebeitrag sogar noch, um die bei der Silvesternacht eingesetzten Kölner Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten anzugreifen. Laschet: „Die bayerische Polizei hätte nicht eine Stunde solche Zustände geduldet, wie Sie in der Silvesternacht geduldet haben.“

Innenminister Ralf Jäger dazu: „Ich empfinde das gegenüber den Beamtinnen und Beamten, die in der Silvesternacht alles gegeben haben – dies gilt für Bundespolizisten genauso wie für NRW-Polizisten –, als eine Unverschämtheit, um es deutlich zu sagen.“

Den SPD-Rednern Andreas Bialas, Christian Dahm und Innenminister Ralf Jäger blieb es schließlich vorbehalten, mit einer Gesamtsicht auf die Kriminalitätsentwicklung deutlich zu machen, dass es nicht ausreicht, sich nur auf zwei Deliktsarten zu beschränken: Jäger „Entwicklung der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen seit 2010: Gewalttaten minus 10 Prozent, Jugendkriminalität minus 30 Prozent, Taten gegen das Leben minus 15 Prozent, Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen minus 20 Prozent, Körperverletzung minus 5 Prozent, Einbrüche in Nordrhein-Westfalen seit 2010 plus 39,2 Prozent, bundesweit plus 37,8 Prozent.“

Andreas Kossiski kommentierte den Verlauf der Debatte so: „Dass Dank der nordrhein-westfälischen Präventionskampagne ‚Riegel vor‘ inzwischen 44 Prozent der Wohnungseinbrüche im Versuch stecken bleiben, zeigt, dass wir mit diesem Präventionskonzept auf dem richtigen Weg sind. Weshalb die Opposition dies kritisiert, bleibt nicht nur mir rätselhaft.“

Wie war das mit der Freiheit der Lehre und Forschung, Herr Dr. Berger?

Eine Glosse

Am vergangenen Mittwoch wurde im Landtag Nordrhein-Westfalen der Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel: „Räume der Stille erhalten und ermöglichen – Flagge zeigen gegen religiösen Fundamentalismus – Eintreten für unsere freiheitlich demokratischen Werte“ eingebracht. Ein problematischer Antrag, nicht allein weil er einen tiefen Eingriff in die Hochschulfreiheit darstellt.

Richtig ist: Räume der Stille bieten im hektischen Alltag Inseln für die Suche nach innerer Ruhe und Besinnung. Solche Räume sind wichtig und es ist sehr zu begrüßen, dass sie zum Beispiel im Landtag NRW und in vielen Universitäten des Landes entstanden sind. Aktuell entsteht ein solcher Raum an der größten Uni des Landes, hier in Köln.

Doch da endet schon die Übereinstimmung mit dem Vorschlag der CDU. Denn es geht in diesem nicht allein um Räume, in denen Menschen jeder Religion die Ruhe zum Gebet finden können, sondern vielmehr darum, den Hochschulen vorzuschreiben, wie sie ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen haben. Ein Vorgehen, das Artikel 5, Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes im Rahmen der Hochschulfreiheit verbietet. Noch in seiner Rede zum Hochschulzukunftsgesetz hatte der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Stefan Berger, fälschlicherweise behauptet, die Regierungsfaktionen betrachteten die Hochschulen nicht als Orte der Lehre und Forschung, sondern als Stätten zur Realisierung ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Ein Vorwurf, der angesichts des vorliegenden Antrages an die eigene Fraktion zu richten ist.

Doch es gibt noch weitere Forderungen. Beispielsweise jene, zentrale Normen und Verfassungsgrundsätze verstärkt an unseren Universitäten zu lehren. Als würde dies nicht schon längst geschehen. Damit ignoriert die CDU-Fraktion die Arbeit der Hochschulen an den Instituten für Politik- und Gesellschaftswissenschaften und den Lehrstühlen für Friedens- und Konfliktforschung in unserem Land. Hinzu kommt, dass sich der oben genannte Antrag nicht etwa auf eine solide Recherche stützt, sondern auf vereinzelte Medienberichte, in denen der Islam einmal mehr zum Problem abgestempelt wird. Und genau das tut die CDU. Besonders deutlich wird dies in der Forderung, die Wiedereröffnung der Räume durch die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden zu gewährleisten. Wie stellen sie sich das vor, die Damen und Herren von der CDU?

Ebenso traurig ist die Tatsache, dass im genannten Antrag nichts zu lesen ist vom friedlichen Miteinander der Kulturen, einem Ausgleich unterschiedlicher Interessen und schon gar nichts vom interreligiösen Dialog. Stattdessen wird ein Bedrohungsszenario entfaltet.

Es besteht kein Zweifel, dass religiöser Fundamentalismus vorgebeugt und bekämpft werden muss. Dies tut das nordrhein-westfälische Innenministerium unter anderem mit dem Präventionsprogramm „Wegweiser“ oder dem Aussteigerprogramm Islamismus.

Was wir brauchen, sind aufmerksame Lehrerinnen und Lehrer, Professorinnen und Professoren, die als Teil einer starken Zivilgesellschaft ihren Beitrag für unsere demokratische Gesellschaftsordnung leisten. Was wir jedoch nicht brauchen, ist eine unzulässige Einmischung in innere Hochschulangelegenheiten und eine gefährliche Vermischung von Islam und Islamismus!

Der genannte Antrag wurde am Mittwoch zur weiteren Beratung in den Ausschuss Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen.

Verbraucherportal „Wissen wappnet“ des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz

Pünktlich zum Weltverbrauchertag am 15. März hat das Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz auf seiner Website (www.bmjv.de) das neue Verbraucherportal „Wissen wappnet“ implementiert. Tipps, Ratgeber und Hinweise stehen für Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verfügung und informieren umfassend über ihre Rechte im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.

Die einzelnen Verbraucherschutzthemen sind nach Lebenssituationen sortiert und ermöglichen so eine übersichtliche Darstellung.

Den Weltverbrauchertag hat die SPD auch nochmal zum Anlass genommen, sich für die Nährwertampel auszusprechen. Kein anderes Nährwertkennzeichnungsmodell ist so leicht für Verbraucher zu verstehen und macht Produkte auf einen Blick so vergleichbar.

Hier geht's zum Portal „Wissen wappnet“

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Greta Schroers (greta.schroers@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de